



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit der  
Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 17.03.2022

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit  
am Dienstag, 22. März 2022, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

### HINWEIS:

Es wird dringend empfohlen, während der Sitzung eine FFP-2-Maske zu tragen.  
Es wird dringend empfohlen, dass jede/r Teilnehmer/in am Sitzungstag einen Corona-Test (auch einen Selbsttest) durchgeführt hat.

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der digitalen "Sitzung" vom 01.02.2022

Bereich Gesundheit

## 2. 22-F-05-0004

Neubau der Lebenshilfe in Dotzheim

- Antrag der FDP-Fraktion vom 16.03.2022 -

Laut Bericht des Wiesbadener Kuriers im August 2021 errichtet die Lebenshilfe eine neue Einrichtung der Wiesbadener Lebenshilfe, die Menschen mit geistiger Behinderung und herausforderndem Verhalten. Der Neubau fügt sich auf ein dreieckiges Grundstück ein, das zwischen Zwerg Nase und der Ludwig-Erhard-Straße liegt. Der eingeschossige und barrierefreie Bau ist für 16 Bewohner gedacht, die in drei getrennten Wohngruppen leben.

Der Lebenshilfe-Geschäftsführer wird dabei im Artikel wie folgt zitiert: „Die Menschen, die einziehen werden, sind besonders. Sie alle eint eine geistige Behinderung. Hinzu kommen Verhaltensauffälligkeiten. Sie verletzen andere oder sich selbst, zerstören Dinge.“

Hinsichtlich der Nähe der Einrichtung zum Zwerg-Nase-Haus, den HSK, Schule, Kita u.a. in räumlicher Nähe wurden bereits im Ortsbeirat Dotzheim Sorgen geäußert.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der Sachstand zu Einrichtung der Wiesbadener Lebenshilfe, die Menschen mit geistiger Behinderung und herausforderndem Verhalten?
2. Wie bewertet der Magistrat die u.a. im Ortsbeirat geäußerten Sorgen?
3. Da es sich nicht um eine geschlossene Einrichtung handelt: Wie stellt sich das Sicherheitskonzept im Hinblick auf die Selbst- und Fremdgefährdung in der Öffentlichkeit dar?

## 3. 22-F-15-0003

Aufbau von Kapazitäten zum Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 07.03.2022 -

In einem Bericht des WK vom 26.02.22 berichtet der zuständige Dezernent für das Wiesbadener Gesundheitsamt, Dr. Franz, über die aktuelle Situation bezüglich der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Wiesbaden. Beim lesen dieses Interviews tauchen verschiedene Fragen auf. Deshalb bitten wir um Antworten. Es reichen uns dabei mündliche Erläuterungen aus.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Liegen dem Magistrat zum heutigen Tag (Stand: 21.03.2022 - Tag vor dem Ausschuss) bereits Meldungen von Einrichtungen vor, dass bei Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht es zu Personalengpässen kommen kann und dadurch möglicherweise die Behandlung von Patienten nicht sichergestellt werden kann.
  - a) Wenn ja, bitten wir um anonymisierte Beispiele?

- b) Gibt es hierbei Versorgungsbereiche, die besonders stark betroffen sind, wenn ja, um welche handelt es sich?
  - c) Wie geht der Magistrat mit diesen Informationen um und welche Maßnahmen sind daraus entstanden bzw. geplant?
2. Wie hoch ist zum heutigen Tag (Stand: 21.03.2022 - Tag vor dem Ausschuss) die Impfquote im Gesundheitsamt selbst und wie viele Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter haben aktuell noch nicht den erforderlichen Impfstatus.
- a) Welche Maßnahmen plant der Magistrat im Umgang mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?
  - b) Was plant der Magistrat, um eine mögliche personelle Lücke zu schließen?
3. Welchen Personalbedarf sieht der Magistrat zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen des Vollzugs der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG?
- a) Gibt es zur Höhe des Stellenbedarfs eine Einschätzung von Seiten der Landesregierung, des Hessischen Städtetages oder anderen relevanten Einrichtungen?
  - b) Hat der Magistrat geprüft, ob hierbei das Konnexitätsprinzip bezüglich sämtlicher entstehender Kosten Anwendung findet, wenn ja, mit welchem Ergebnis?
  - c) Gibt es schon einen Vorschlag (auch mit Alternativvorschlägen) mit welchem Personalbedarf der Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG durch den Magistrat sichergestellt wird.
  - d) Mit wie vielen Bearbeitungsfällen rechnet der Magistrat insgesamt, die zu bearbeiten sind?

#### 4. 22-F-89-0004

Aktueller Stand der Wiesbadener Klinikneu- und -umbauten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FW/Pro Auto vom 16.03.2022 -

Derzeit finden an Wiesbadener Krankenhäusern zahlreiche Baumaßnahmen statt, bei denen es z.B. beim Neubau der Horst-Schmidt-Kliniken bereits zu Verzögerungen gekommen ist. Am St. Josefs-Hospital finden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen „im laufenden Betrieb“ statt, sodass Teile des Klinikums zeitweise nicht zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wann mit einer Fertigstellung der Neu- bzw. Umbauten an den Horst-Schmidt-Kliniken und dem St. Josefs-Hospital zu rechnen ist.
2. ob, und wenn ja, welche Verzögerungen es bei den Baumaßnahmen am St. Josefs-Hospital gibt.
3. wie viele Betten durch die Baumaßnahmen am St. Josefs-Hospital zeitweise nicht belegt werden können und welche Auswirkungen dies auf die Versorgungslage in Wiesbaden bzw. im Versorgungsgebiet Wiesbaden-Limburg hat.

#### 5. 22-F-55-0002

**ANLAGE**

Kostenlose FFP-2 Masken verteilen

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 26.01.2022 -
- Beschluss Nr. 31 der Stadtverordnetenversammlung vom 10.02.2022 -
- Widerspruch des Oberbürgermeisters vom 22.02.2022 -

**6. 21-A-83-0001**

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

### **Bereich Wirtschaft/Beschäftigung**

**7. 22-F-22-0003**

Niedrigschwellige Verkaufsförderung für die Wiesbadener Winzer

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 16.03.2022 -

An mehreren Standorten u.a. an der Mosel und in Rheinhessen sind in den vergangenen Jahren Weinautomaten aufgestellt worden, um den vor Ort ansässigen Winzern einen zeitungebundenen Direktvertrieb ihrer Erzeugnisse zu ermöglichen. Kunden können dort jederzeit bar oder mit Karte und mit einer Altersverifikation durch Führerschein oder Personalausweis gekühlte Weinflaschen kaufen. Die Winzer sorgen regelmäßig für eine Wiederauffüllung des Automaten.

Mit der Aufstellung eines solchen Automaten an einer touristisch bedeutsamen Stelle (z.B. am Rheinufer) kann neben der heimischen Landwirtschaft auch die Touristikmarke Wiesbaden als „Tor zum Rheingau“ gestärkt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit den Wiesbadener Winzern Kontakt aufzunehmen, um an einer geeigneten Stelle im Wiesbadener Stadtgebiet die Aufstellung eines Weinverkaufsautomaten zu ermöglichen.

**8. 21-A-83-0002**

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

**9. 21-A-83-0005**

Sachstandsbericht des Citymanagers

- Aktueller Sachstand der Verwaltung -

## **Bereich Digitalisierung**

### **10. 21-F-72-0002**

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -  
- Aktueller Sachstand -

## **Bereich Allgemeines:**

### **11. 21-F-20-0016**

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -  
- Resümee Hearing Schwarzarbeit -

### **12. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

### **1. 20-F-21-0009**

**ANLAGE**

Barrierefreie Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 25.02.2020 -  
- Bericht des Dezernates II vom 03.03.2022 -

**2. 21-F-63-0016**

**ANLAGE**

Den Charme und Charakter der Viertel erhalten - Kneipensterben verhindern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.11.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 21.01.2022 -

**3. 21-F-63-0057**

**ANLAGE**

Ein „Social and Sustainability Startup-Hub“ für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 25.02.2022 -

**4. 21-F-63-0065**

**ANLAGE**

Wirtschaft braucht Fläche

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Volt und Die Linke vom 7.12.2021 zur TO I, Pkt. 2 (21-F22-0033 „Wirtschaft braucht Fläche“, Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 01.12.2021) -
- Bericht des Dezernates II vom 17.02.2022 -

**5. 21-F-67-0016**

**ANLAGE**

Jugendarbeitslosigkeit in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 24.01.2022 -

**6. 21-F-74-0002**

**ANLAGE**

Alternativantrag zu den Anträgen Nr. 21-F-20-0036 "Zusätzliche Außengastronomie-Flächen weiterhin ermöglichen" sowie Nr. 21-F-67-0017 "Langfristige Öffnung vermehrter Außenflächen für die Gastronomie" der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, VOLT und BWL/ULW/BIG vom 21.09.2021 -
- Bericht des Dezernates V vom 23.01.2022 -

**7. 22-V-15-0002**

**DL 06/22-12**

Anpassung der Leistungsverträge zwischen LH Wiesbaden und Wivertis GmbH

8. **22-V-20-0007** **DL 06/22-13**

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 3. Januar 2022

9. **22-V-53-0003** **DL 09/22-6**

Aufbau von Kapazitäten zum Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach §20a IfSG

10. **22-V-82-0006** **DL 09/22-10**

Theatrium 2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rottloff  
Vorsitzender